Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
4 (1890)

75 (25.6.1890)

urn:nbn:de:gbv:45:1-210060

Visual Library

Nr. 75. 4. Jahrgang. Bant. Mittwoch, 25. Juni 1890.

Norddeutsches Volksblatt.

Abonnement:
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . 1 Mk. 50 Pf.
für 2 Monate . 1 „ — „
für 1 Monat . — „ 50 „
excl. Postbestellgeld.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform, für Politik und Unterhaltung.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfstraße Nr. 1.

Erscheint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die viergespaltene Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.
Postzeitungsliste Nr. 4439.

Abonnements-Einladung.

An der Schwelle des dritten Quartals stehend, laden wir zu fernerem Abonnement auf das „Norddeutsche Volksblatt" freundlichst ein. Wir werden auch wie bisher bestrebt sein, nach unseren besten Kräften für eine gute und gesunde Lektüre zu sorgen. In unserer Zeit, wo die Vertreter veralteter Anschauungen und Verfechter von Eigennützigen und Sonderinteressen ganz besonders im jetzt tagenden Parlament und seinen Kommissionen bemüht sind zu verhindern, daß der neuen Zeit, der freiheitlichen und wirthschaftlichen Besserstellung der arbeitenden Klassen nennenswerthe Konzessionen gemacht werden, halten wir es für Pflicht der Arbeiterpresse die Verhandlungen dieser Körperschaften so ausführlich wie nur möglich den Lesern zugänglich zu machen. Das versprechen auch wir, sowie auch daß wir an der nöthigen Kritik es nicht fehlen lassen wollen, um den Arbeitern zu zeigen, wo seine wahren und wo seine falschen Freunde zu finden sind. Von dem Grundsatze ausgehend, daß das Beste für das Volk gut genug ist, werden wir auf dem Gebiete der Unterhaltung und der Wissenschaft uns leiten lassen. Wir bitten unsere Leser nicht nur durch Abonnement das „Norddeutsche Volksblatt" zu unterstützen, sondern auch für die Verbreitung in immer weitere Kreise Sorge zu tragen. Denn mit der Verbreitung des Blattes werden auch immer weitere Kreise der Aufklärung theilhaftig und bereit mit zu kämpfen für die Sache des Proletariats, für Freiheit, Wahrheit und Brod. — Darum Arbeiter — werbet für Eure Zeitung.

Etwas über Sozialreform.

Allzu viel haben wir trotz der neuen Aera von dem Gros der parlamentarischen Sozialreformer nicht erwartet, daß sie aber trotz all' der Ereignisse in der Arbeiterbewegung alle auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter hinzielenden Gesetze so reaktionär zu gestalten suchten, und noch viel besorgter sind, als wie die Regierung, daß die Arbeiter ja nicht zu viel Freiheiten erhalten, hätten wir wahrlich nicht geglaubt.

Die gewerblichen Schiedsgerichte, die nun bereits schon in mehreren Sitzungen das hohe Haus beschäftigt und in der zweiten Lesung kaum zur Hälfte berathen ist, hat die Majorität bereits so verballhornisirt, und einen Wechselbalg daraus gemacht, dem die sozialdemokratische Fraktion, die das Menschenmöglichste versucht, das Gesetz für die Arbeiter günstig zu gestalten, nie und nimmer ihre Zustimmung geben kann.

Entweder ist das Haus nicht beschlußfähig — als wenn Arbeiterschutzgesetze zur Berathung stehen, wie der Leipziger „Wähler" neulich treffend sagte — oder sie stimmen jeden den Einfluß der Arbeiter mehrenden oder ihre Position sichernden Antrag nieder. Die §§ 12 und 72 des Gesetzes gaben am Freitag den Zünftlern und Reaktionären Anlaß, einen gewaltigen Vorstoß gegen die freiheitliche Gestaltung der Institution zu machen und den Innungen einen Vorzug vor den gewerblichen Schiedsgerichten zu verschaffen, wodurch für einen großen Theil der Arbeiter das Gesetz einfach werthlos wird. Freilich geschah das nur mit Hilfe des Zentrums, dessen Einfluß im Reichstage jetzt ebenso reaktionär und unheilvoll wirkt, als wie der des Kartells. Gewaltig donnerte der Hauptmann der Zünftler, der Abg. Biehl gegen die Begehrlichkeit und den Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter und behauptete natürlich durch die Stärkung der Innungen werde die sozialdemokratische Hochfluth eingedämmt. Die Erhaltung des Mittel- und Handwerkerstandes sei möglich und auch gleichbedeutend mit der Lösung der sozialen Frage, freilich nur, sofern man die Arbeiter und Gesellen unter ihre Botmäßigkeit bringe.

Mit Keulenschlägen und Geiselhieben zerfetzten Auer und der freisinnige Meier seine Argumente und legten die ganze Jämmerlichkeit der Innungsbrüder klar. Denn das treibende Element der Zünftler ist ihr Haß gegen das Großkapital und die Großindustrie. Ohnmächtig aber gegen dieses, kehren sie diesen Haß dann gegen die Arbeiter und die politische Partei derselben, die Sozialdemokratie, weil diese nicht nur die Arbeiter, sondern auch die kleinen Handwerker, mit deren Zahl die Innungsbrüder immer prahlen, die aber von dem ganzen Innungsrummel nichts wissen wollen und nur gezwungen mitthun, belehrt, daß der Untergang des selbständigen Handwerks nicht mehr aufzuhalten ist. Die Furcht vor der Sozialdemokratie, die diesen Prozeß zu beschleunigen droht durch organische Anwendung und Einführung der Arbeitsweise der Großbetriebe im gesammten Erwerbs- und Wirtschaftsleben, steigeren diesen Haß unendlich.

Es war daher sehr gewagt von den Freunden der Innungen, von Rechts und dem Zentrum, dem Abg. Bebel zu widersprechen und die Furcht leugnen zu wollen. Denn die Herren dürfen nicht glauben, daß sie durch Verkümmerung der Rechte der Arbeiter, durch reaktionäre Gestaltung der sozialen Gesetzgebung, durch einen Wall von Bevormundung die Arbeiter zurückhalten, sich eine günstige Position in der Gesellschaft und im Erwerbsleben zu erringen. Mit sozialreformatorischen Linsengerichten macht man die sozialistischen Arbeiter nicht zu konservativen Parteigängern und drängt ihre sogen. „Begehrlichkeit" zurück.

Es giebt nur ein Mittel, welches den Sozialismus tödtet, die Begehrlichkeit verschwinden macht, und das ist: Befriedigung, Zufriedenstellung der Masse des Volkes, indem man ihr an den Segnungen der Kultur, an den Vortheilen einer steigenden nationalen Produktion ihren verhältnißmäßig mitsteigenden Antheil sichert.

Diesen Wegweiser der zum Sozialismus führt, hat aber nicht etwa einer jener Agitatoren aufgestellt, von denen Biehl und die Herren von der Rechten sagen, sie reisen von den Groschen der Arbeiter im Lande herum und führen ein herrliches Leben, sondern der konservative Sozialpolitiker Dr. R. Meyer schließt damit den zweiten Theil seines Emanzipationskampfes.

So sehr dieser enttäuscht worden, daß seine Freunde diesem Wege folgen, so wenig erwarten die Arbeiter von diesen Sozialpolitikern etwas anderes als politische Wassersuppen. Und nach den Verhandlungen über die Gewerbegerichte zu schließen, wird aus der Arbeiterschutznovelle auch nichts Anderes werden. H.

Politische Rundschau.

Bant, den 24. Juni.

Berlin, 23. Juni. Finanzminister v. Scholz hat sein Entlassungsgesuch eingereicht.

— Die Militärvorlage wird nach den neuesten Nachrichten glatt durchgehen, da die Regierung die Entlassung einer größeren Anzahl Dispositionsurlauber in Aussicht stellen wird.

— Die Wahlprüfungskommission hat die Wahl der Abgg. Pickenbach und des Freiherrn v. Münch beanstandet.

— Amtliches Ergebniß der am 17. d. M. im 5. Wahlkreise des Regierungsbezerks Potsdam (Oberbarnim) stattgehabten Reichstags-Stichwahl. Abgegeben wurden insgesammt 13 685 Stimmen, hiervon erhielt Oberlehrer Dr. Althaus-Berlin (dfr.) 7449 Stimmen, Landrath v. Bethmann-Hollweg (deutsche Reichspartei) 6236 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

— In der 14. Sitzung der Arbeiterschutzkommission wird die Berathung über § 138a fortgesetzt, welcher bestimmt, daß bei außergewöhnlicher Häufung der Arbeit die polizeiliche Erlaubniß zu Ueberstunden für Arbeiterinnen über 16 Jahren auf die Dauer von 14 Tagen ertheilt werden kann. Die tägliche Arbeitszeit soll dann 13 Stunden nicht überschreiten, auch darf die Erlaubniß einem Unternehmer nicht für mehr als 40 Tage ertheilt werden. Wöllmer und Hirsch beantragen, die Arbeitszeit in solchen Fällen auf 12 Stunden festzusetzen. Möller (natl., Großunternehmer) will anstatt 40, 60 Tage Ueberstunden arbeiten lassen, ferner sollen die Berufsgenossenschaften, wenn Unternehmer gegen behördliche Entscheidungen sich beschweren, auch ihren Senf dazu geben, was nicht einmal König Stumm haben will; aber für die Ausdehnung der Erlaubniß zur Ueberstundenarbeit auf 60 Tage erwärmte diser sich sehr. Regierungsrath König ersucht um Ablehnung der sämmtlichen Abänderungsanträge; die jetzige Vorlage gehe erheblich weiter als der Reichstagsbeschluß von 1887, die 40 Tage seien ausreichend. Klemm (Sachsen) ist für 60 Tage. Hitze beantragt für Frauen eine Ueberstunde weniger. Bebel giebt dem Regierungsvertreter ohne Weiteres zu, daß der gegenwärtige Entwurf bedeutend weiter geht, als der seinerzeitige Reichstagsbeschluß; letzteres lag ja allerdings wesentlich an dem damaligen Widerstand der verbündeten Regierungen gegen jeden Arbeiterschutz. Die Verhältnisse hätten sich nach dieser Richtung inzwischen gebessert, auch im Publikum seien die Anschauungen günstiger für den Arbeiterschutz und das Verlangen der Arbeiterwelt selbst intensiver geworden. Für den Paragraphen könne er theilweise stimmen, wenn die Arbeitszeit für Arbeiterinnen an und für sich eine kürzere geworden wäre. Da man aber den elfstündigen Arbeitstag angenommen, so könne er nicht auch noch für die diversen Ausnahmen stimmen. Die strikte Einhaltung einer möglichst konstanten Arbeitszeit werde auch regulirend auf die Saisongeschäfte einwirken. Eine „Eintheilung" der Ueberstundenzeit, wie sie in einem neuen Antrag Abg. Hitze will, wonach es den Fabrikanten gestattet sein soll, während gewisser Zeiten beliebig Ueberarbeit machen zu lassen, diese dann aber in der stilleren Geschäftszeit am Arbeitstag zu kürzen, hält Bebel für absolut schädlich, dieselbe würde zur Lohndrückerei führen. Er werde mit seinen Freunden zwar für alle Erleichterungen zu dem Paragraphen, sodann aber gegen den ganzen Paragraphen stimmen. Dr. Böttcher wendet sich namentlich gegen den Antrag Hitze resp. Hirsch. Durch Annahme derselben würden die verheiratheten Frauen gänzlich aus den Fabriken ausgeschlossen. Dr. Gutfleisch wendet sich gleich Bebel gegen die sogenannte Ausgleichung der Ueberstunden mit der normalen Arbeitszeit. Schmidt ist gegen die verschiedene Behandlung der verheiratheten und unverheiratheten Frauen, denn es werde dadurch der unkontrolirbaren Hausarbeit Vorschub geleistet. Bei der Abstimmung wird der Antrag Wöllmer, 12 statt 13 Stunden zu setzen, mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen. Absatz 2 gelangt unverändert zur Annahme. Absatz 3 wird mit dem Zusatzantrage Hitze angenommen, daß auch die in diesem Absatz vorgesehenen Ausnahmen nur auf 40 Tage genehmigt werden dürfen. Hierauf wird der ganze Paragraph mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten und des Abg. Klemm (Ludwigshafen) angenommen.

— Für militärische Zwecke betragen die einmaligen Ausgaben im neuen Nachtragsetat 5 230 500 Mk. für das Jahr 1890/91. Davon kommen rund 42 000 000 auf militärische Zwecke, darunter für die Artillerie 15 000 000, für neue Gewehre 10 000 000, für die großen Reserveübungen 12 000 000, für Garnisonsbauten in Elsaß-Lothringen 5 000 000, für die strategischen Eisenbahnen 10 305 000 Mk. — Der Betrag von 12 Millionen Mark zu Uebungen für Reservisten mit der neuen Waffe ist ein ganz außerordentlich hoher, wenn man erwägt, daß die Unterhaltokosten für einen Uebungstag für den Gemeinen sich auf wenig mehr als eine Mark belaufen. Es gewinnt danach den Anschein, als ob noch in der Zeit bis zum 1. April nächsten Jahres 700 000 Mann Reservisten bis zu einer 14tägigen Uebung herangezogen werden sollen. Auch darin liegt eine starke Belastung des Volkes, welche hinzukommt zu der dauernden Erhöhung der Friedenspräsenzstärke, wie solche durch die Militärvorlage beabsichtigt wird. Es gewinnt überhaupt den Anschein, als ob die Reservisten künftig weit stärker als bisher zu Uebungen herangezogen werden sollen. Das Gesetz berechtigt bekanntlich eine Heranziehung zu zwei Uebungen bis zur Dauer von je 8 Wochen. Die Uebungsmannschaften der Reserve und Landwehr werden in die gesetzlich festgestellte Friedenspräsenzstärke nicht eingerechnet.

— Für den als Verwaltungsgerichts-Direktor nach Danzig versetzten Landrath Döhring in Marienburg steht dem Landtagswahlkreise Elbing-Marienburg eine Ersatzwahl bevor. Die Wahlmänner aus der Mehrheit der ländlichen Bezirke sollen bereits einig sein, wiederum einen Landrath, oder wenn ein solcher nicht aufzutreiben sein sollte, wenigstens einen Kreisschreiber als den für sie geeignetsten Kandidaten für die Volksvertretung aufzustellen.

— Der Direktor im statistischen Amt des Reiches hat zwei Hilfsarbeiter, welche sich als Verfasser eines Artikels in der „Volszeitung" zur Frage der Gehaltsverbesserung bekannt hatten (die Angelegenheit ist vom Genossen Singer im Reichstag zur Sprache gebracht worden), sofort entlassen. — Dieses Vorgehen wird im Reichstage gebührende Würdigung finden.

— Die auch von uns gebrachte Notiz über den Verlauf des sozialdemokratischen Parteitages zu Stendal hat nun durch Betheiligte eine Berichtigung erfahren und heißt es im „B. Volksbl." darüber: „Zunächst ist es unrichtig, daß der Parteitag aufgelöst ist. Aufgelöst wurde allerdings und zwar eine am Nachmittag in demselben Lokale, wo der Parteitag zusammengetreten war, stattgehabte Volksversammlung. Und zwar kam das folgendermaßen: Als ein Redner tadelte, daß die anwesenden Redakteure einiger sozialistenfresserischer Provinzialblätter den Ausführungen des Referenten nicht entgegenzutreten sich gemüßigt sähen, hinterher aber über die Sozialdemokratie in der Presse herfielen, sprang der Polizeikommissar N. auf und unterbrach den Redner mit den Worten: „Wenn Sie mit den persönlichen Angriffen fortfahren, werde ich die Versammlung auflösen." Als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er zu solchen Eingriffen kein Recht hätte, verbot er sich „solche Rohheiten". Als später in einer Resolution gegen das Verfahren des Polizeikommissars protestirt werden sollte, erfolgte die Auflösung der Volksversammlung mit der wahrhaft klassischen Motivirung: „Jetzt habe ich genug gelitten". Natürlich ist gegen eine solche offenkundige Vergewaltigung des Versammlungsrechtes nicht nur Beschwerde erhoben, sondern der Beamte wird sich auch wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt (§ 339 des Str.-G.-B.) vor dem Gericht zu verantworten haben."

Landesbibliothek Oldenburg

— Der sozialdemokratische Parteitag in Kottbus war von 62 Delegirten aus sämmtlichen Wahlkreisen des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. besucht. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war durch den Abgeordneten Wurm vertreten, welcher das Thema „Die Taktik der Sozialdemokratie nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes" in längerer Rede behandelte. Nach Wurm muß sich der Hauptkampf gegen die kapitalistischen Unternehmer richten, welche sich in großen Verbänden organisirt haben. Dieser Kampf aber dürfe nicht nur mittelst der Streiks geführt werden; er empfehle im Gegentheil, von dieser zweischneidigen Waffe nur in den äußersten Nothfällen Gebrauch zu machen. Das Hauptbestreben der Partei müsse fortan darauf gerichtet sein, politische Macht zu gewinnen, damit sie auf dem Wege der Gesetzgebung bessere Arbeitsbedingungen erziele. Deshalb aber sei es erforderlich, allenthalben politische Vereine zu gründen, die es sich zur Richtschnur nehmen, unabläßig für wirthschaftliche Aufklärung zu wirken. Absolut nothwendig sei es ferner, die Frauen für die sozialdemokratische Bewegung zu gewinnen. Der Parteitag beschloß denn auch, möglichst an allen Orten des Regierungsbezirkes sozialdemokratische Vereine zu gründen. Alsdann entschied er sich, für die Resolution, mit allen gesetzlichen Mitteln für Einführung des achtstündigen Arbeitstages wirken zu wollen. Mit der Erklärung, daß die Regierungsvorlage betreffs des Arbeiterschutzes den Anforderungen der Arbeiter keineswegs entspreche, wurde der Parteitag geschlossen.

— Auch die politische Polizei will nun, wie einige Blätter melden, ihren internationalen Kongreß haben. Es giebt ja so viele wichtige Dinge für sie zu besprechen, wie z. B. um nur eines zu erwähnen, die Ausweisungen und Auslieferungen von Sozialisten. Wo der Kongreß stattfinden wird, ist noch unbekannt. Nach dem Eifer, den neuerdings die französische Polizei in Bezug auf „Entdeckungen" von geplanten Attentaten, Haussuchungen 2c. entwickelt, kann man schließen, daß diese den lebhaften Wunsch hegt, daß der Republik die Ehre zufallen solle, die Gentlemen zu beherbergen. Ein Protokoll über diesen Kongreß dürfte kaum veröffentlicht werden. Was ausgemacht wird, wird übrigens auch so bald deutlich erkennbar und fühlbar werden.

— Die immer weiter um sich greifende Krise macht sich, so schreibt man der „Wiener Arbeiterztg." aus Deutschland, auch im Steinkohlen-Bergbau geltend. Kaum spüren die Unternehmer, daß die Nachfrage nach Kohlen einigermaßen nachläßt, so setzen sie auch den Arbeitern den Fuß in den Nacken und beginnen die Arbeitszeit zu verlängern. Nimmt die Kohlenproduktion weiteren Rückgang, nicht lange und alle Errungenschaften, welche die Arbeiter im vorigen Jahre erlangten, sind ihnen wieder geraubt, ihre Ausbeutung wird toller denn je zuvor. Die bürgerlicher Gesellschaft hat alle Ursache, sich vor sich selbst zu fürchten. Sie zeigt in so drastischer und durchschlagender Art auch dem letzten Arbeiter die Verkehrtheit und Thorheit ihrer Einrichtungen, daß es keiner großen Ueberredungskunstmehr bedarf, um ihn zu überzeugen, daß diese Gesellschaft einer besseren Platz machen muß. Gerade die jetzt hereinbrechende Krise wird, wie sie an Dauer alle ihre Vorgängerinnen übertreffen dürfte, auch an agitatorischer Wirksamkeit alle ihre Vorgängerinnen überragen. Die Geister sind zur Aufnahme neuer Ideen disponirt wie nie zuvor und was kann diese Disposition mehr verstärken als die sich mit Macht aufzwingende Erkenntniß, daß die Gesellschaft mit jedem Tage unfähiger wird, auch die bescheidensten neuen Kulturanforderungen zu befriedigen. Eine Gesellschaft, die wieder in sich zusammensinkt, nachdem sie eben erst Miene gemacht, sich wieder aus einem Zustande langer Depression zu erheben, muß bei dem Köhlergläubigsten ihrer Anhänger Zweifel an ihrer längeren Existenzberechtigung erwecken. Während die Gesellschaftsärzte sich bemühen, ihr neues Leben einzuhauchen, zeigt sich an allen Ecken und Enden die Agonie, der sie unrettbar zum Opfer fällt.

— Der Reichstagsabgeordnete Bebel hat sich neulich in Berlin in unzweideutiger Weise der alten sozialdemokratischen Ansicht über Boykotts und Streiks Geltung verschafft. Wir hätten nur gewünscht, daß das schon früher geschehen wäre. Es geschah dies in einer Versammlung, die einberufen war, um über die Haltung des „Volksbl." dem Bierboykott gegenüber Gericht abzuhalten. Dem Blatte wurde zur Last gelegt, daß es unter der Maske eines arbeiterfreundlichen Blattes dem Kapitalismus in die Hände arbeite und dann dafür mit großen Börseninseraten bezahlt werde. Die Rede Bebels lautet in dem betreffenden Theile: „Was den Streik selbst anlangt, so hat die sozialdemokratische Partei den Streik stets als zweischneidige Waffe bezeichnet, von der nur im dringendsten Nothfalle, bei Zumuthungen ehrloser Art, bei allzu drückenden Fabrikordnungen u. s. w. Gebrauch gemacht werden solle. Allein ich muß es aussprechen: seit dem 20. Februar ist einem großen Theile der deutschen Arbeiter der Kamm geschwollen. Die Arbeiter sind siegesberauscht und sind der Meinung, sie könnten nun den Kapitalisten alles mögliche bieten, die Bourgeosie stehe bereits am Rande ihres Verfalls. Leider sind wir noch lange nicht so weit. Allein dieser Wahn hat dazu geführt, daß mit einem wahren Fanatismus Arbeitseinstellungen unternommen werden, die zum Schaden der Arbeiter ausfallen. Aehnlich verhält es sich mit dem Boykottunwesen. Behufs Eroberung von Versammlungslokalen ist ja der Boykott sehr gut, allein als ich den Beschluß betreffs des Bier-Boykotts las, da sagte ich sofort: das ist eine Dummheit, weil ein solcher Boykott, der sich nicht blos gegen einige hundert Brauereien, sondern gleichzeitig gegen zehntausende von Wirthen richtet, einfach nicht ausführbar ist. Ich warne Sie vor solchen Beschlüssen. Wenn der Boykott ein Krieg ist, so dürfen Sie sich nicht wundern, wenn auch von der gegnerischen Seite geschossen wird". Der Boykott über die Brauereien wurde in dieser Versammlung denn auch aufgehoben.

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung. Freitag den 20. Juni.

Die zweite Berathung der Vorlage über die Gewerbegerichte wird bei § 12, Abs. 3, verbunden mit § 72, Innungsgerichte betr., fortgesetzt. Dazu ist außer dem bereits gestern mitgetheilten Antrag Auer und Genossen inzwischen noch ein Antrag Eberty (dfr.) eingegangen: im § 72, Abs. 1 die Worte „sowie die Zuständigkeit der Innungsschiedsgerichte" zu streichen, eventuell, falls dieser Antrag abgelehnt wird, den Absatz 3 so zu fassen: „Gegen die Entscheidungen der Innungen und der Innungsschiedsgerichte steht, wo Gewerbegerichte bestehen, die Berufung an dieses, wo Gewerbegerichte nicht bestehen, die Berufung an das ordentliche Gericht offen. Die Berufung geschieht in dem einen wie in dem andern Falle durch Erhebung der Klage.

Abg. Biehl (Z.): Wir betrachten die Innungsschiedsgerichte als zunächst berufen, in Fachstreitigkeiten Recht zu sprechen. Sie sollten ausschließlich als sachverständig fungiren. Erklärlich ist mir die feindliche Stellung der Herren von links gegen die Innungen, denn die Bestrebungen derselben decken sich nicht mit den Anschauungen der betreffenden Herren. Die Innungsmitglieder sind aber reich an Erfahrung und können besser entscheiden als die jungen Leute, die kaum trocken hinter den Ohren sind. Ich freue mich, daß wenigstens die Altersgrenze von 25 Jahren bei den Gewerbegerichten abgelehnt ist. Wir leben in einer Zeit der Streiks, die oft in frivolster Weise vom Zaun gebrochen werden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter werden von Agitatoren verführt und in die Patsche gebracht. Es wäre besser, daß solche Verführer selbst arbeiteten, als daß sie mit dem Gelde der Arbeiter Agitationsreisen machen. Wir sollten daher Alles vermeiden, was den Frieden stören kann, und Alles befördern, was die Autorität befestigen kann. Halten Sie daher an den die Innungen kräftigenden Kommissionsbeschlüssen fest. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Eberty (dfr.): Das Gesetz ist erlassen worden als ein Glied in dem Aufbau unserer Sozialreform und soll den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fördern; es ist aber nicht ein Gesetz, welches zur Kräftigung von Verbindungen dienen soll, denen, wie ich noch heute feststellen kann, nur die Minderheit der Gewerbetreibenden im ganzen Deutschen Reich angehört. Die Herren da drüben sehen Alles von dem Gesichtspunkt der Kräftigung der Innungen an. Sie sollten doch bedenken, daß gerade die maßlosen Ansprüche der Innungen auf Macht den Konflikt bei den vielfachen Streitigkeiten, die jetzt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorhanden sind, sehr wesentlich verschärft haben. Wie weit die Ansprüche der Innungen gehen, das beweist der Ausspruch des Herrn Passauer auf dem deutschen Innungstage. Fürst Bismarck habe seit 1880 überhaupt nichts für das Handwerk gethan. Ich behaupte, wenn Sie alle ihre Ansprüche durchsehen, wenn Sie Zwangsinnungen schaffen, wenn Sie den Befähigungsnachweis einführen, so würde das Alles nun und nimmermehr Diejenigen zufriedenstellen, zu deren Gunsten diese Gesetzgebung gemacht würde. Nun sehen Sie sich einmal die Innungsschiedsgerichte an. Wenn da der Vorsitzende weggenommen wird, der nicht der Innung angehört, dann bleiben Leute übrig, welche die Aufgabe nicht erfüllen können, die ihnen hier zugewiesen werden sollen. Nehmen Sie meinen Antrag an und lassen Sie die Gewerbegerichte wenigstens Berufungseinstanz für die Innungsgerichte sein. Meine Freunde und ich werden grundsätzlich gegen den Kommissionsbeschluß stimmen, weil wir der Meinung sind, daß die gleichen Kompetenzen der Gewerbe- und der Innungsgerichte zu unabsehbaren Streitigkeiten führen würden. (Beifall links.)

Abg. v. Cuny (natl.): Ich weiß mich frei von jeder Animosität, sei es für, sei es gegen die Innungen. Ich gebe dem Gewerbegerichte den Vorzug, weil ich dafür halte, daß die Schlichtung der Streitigkeiten auf diesem Wege besser und zweckmäßiger wird erfolgen können. Zwei Instanzen für dieselben Personen und dieselben Sachen zu schaffen, halte ich juristisch für unschön und im Leben für unerfreulich. Ich für meine Person werde deshalb für den Antrag Auer stimmen.

Die Abgeordneten v. Heereman (Z.), Meerbach (Rp.) und v. Maffow (kons.) beantragen hierauf den Schluß der Besprechung.

Abg. Meyer (dfr.) zur Geschäftsordnung: Dieser Paragraph ist einer der wichtigsten des ganzen Gesetzes. Ueber diesen bemerkenswerthen Schlußantrag beantrage ich deshalb die namentliche Abstimmung. (Unruhe.)

Da dieser Antrag die nöthige Unterstützung findet, so wird zur namentlichen Abstimmung geschritten, welche die Ablehnung des Schlußantrags mit 124 gegen 112 Stimmen ergiebt. Dagegen stimmten die Nationalliberalen, Deutschfreisinnigen, Sozialdemokraten, Polen und einige Mitglieder des Zentrums.

Die Berathung wird fortgesetzt.

Abg. Auer (Soz.): In diesem Gesetz, das den Arbeitern zu gute kommen soll, wollen Sie die schon ohnehin ungezählten Vorrechte der Innungen noch vermehren. In der Kommission wurde es ja auch klipp und klapp ausgesprochen, daß man den Innungen die Schiedsgerichte geben müsse, weil sie jenen eine wesentliche Stütze sein würden. Haben sich denn die Innungen so bewährt, daß sie diese neue Stütze, dies neue Privilegium verdienen? Ich weiß nichts, was beweise, daß die Innungen sich so bewährt haben. Das Gegentheil ist der Fall. Herr Biehl sagte, die Innungsgerichte haben die sachverständigsten Beisitzer und die Innungsgerichte kommen dem Zweck, den sozialen Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu fördern, am nächsten. Herr Biehl ist ja in Behauptungen nicht wählerisch, aber diese Behauptung ist doch stark. Die Innungsschiedsgerichte hören nur die Arbeitgeber, kümmern sich prinzipiell nicht um die Arbeiter, verhandeln nie mit ihnen, sie sind ein vielköpfiger König Stumm. (Heiterkeit.) Es ist ja auch offenkundig, welche Abneigung bei den Arbeitern aus diesen Gründen gegen die Innungsausschüsse besteht. Natürlich haben die Arbeiter zu solchen Gerichten kein Vertrauen. Gerade Herrn Biehls heutiges Auftreten zeigt, daß er in einem Innungsschiedsgericht nicht unparteiisch auftreten wurde. Herr Biehl erwähnte als Thatsache, daß die Meister in Hamburg gehindert wurden, in der Mittag- und Frühstückspause die Werkstätte zu betreten — aber dafür, daß diese Forderung gestellt wurde, ist nie ein Beweis erbracht worden. Der Tischlerverband wurde nicht wegen dieser Forderung, sondern wegen der Forderung aufgelöst, daß die Mitglieder desselben der Innung nicht angehören durften. Ebenso trat der Hamburger Senat bei der Bewegung der Ewerführer und der Schlachter für die Innungen ein — aber in welcher Versammlung wurde verlangt, daß die Unternehmer in der Arbeitspause die Werkstätte nicht betreten sollen? Ich halte eine solche Forderung für ungerecht und wenn sie irgendwo gestellt würde, so würde sich das schwer rächen, denn damit verscherzten sich die Arbeiter die öffentlichen Sympathieen. Die Hamburger Polizei, die wahrlich nicht arbeiterfreundlich gesinnt ist — der Chef der Polizei, Senator Hochmann, ist nationalliberal — fand das Vorgehen der Tischlermeister in Hamburg doch so einseitig, daß er einen Vergleich zu Stande brachte, und auch hier haben die Arbeiter die von Herrn Biehl behauptete Forderung nicht gestellt.

---

10)

Der Flüchtling im Jura.

Novelle von H. Zschokke.

(Fortsetzung.)

6. Befreundung.

Die beiden Staffarde betrachteten theilnehmend den Gast, der seine Abenteuer mit einer Ruhe erzählte, als spräche er von alltäglichen Dingen. In seinem Antlitz war so viel Mildes, Freundliches, fast Mädchenhaftes, daß man an seinem Muthe in so grauenvollen Gefahren und an seiner herkulischen Stärke vielleicht gezweifelt haben möchte, wenn er nicht vor wenigen Stunden noch die grimmige Dogge des Nachbars durch einen Griff gebändigt hätte.

„Wollen Sie mir nun," fuhr Florian fort, „das Wort geben, gegen Jedermann über meine, Ihnen anvertraute Geschichte, zu schweigen; wollen Sie mir, wie Einem, der der Naturkunde, oder der Gesundheit zu lieb, seinen Sommeraufenthalt hier nehmen will, Obdach verschaffen: so ist mein sehnlichster Wunsch für den Augenblick erfüllt. Ich begebe mich morgen in die Hauptstadt, spreche den königlichen Statthalter selbst, versorge mich mit mancherlei kleinen Bedürfnissen — denn mir mangeln Kleider, Wäsche und andere Nothwendigkeiten, — und kehre dann zu Ihnen zurück."

Beide Staffarde reichten ihm mit freundlicher Herzlichkeit die Hände über den Tisch und ihr Handschlag sagte ihm mehr, als ihr Wort: „Sie bleiben bei uns; unsere Hütte und unser Tisch sind groß genug."

„Ha!" rief Georg, und seine Augen funkelten in den Flammen der Begeisterung; „wäre ich doch bei Ihnen gewesen! Wir hätten nebeneinander gefochten; wir hätten das ganze Gebirge in Bewegung gesetzt zur Rettung der Freiheit. Ach! daß Sie so allein stehen mußten in Bünden, wie der tapfere Aloys Reding in den Hirtenkantonen. Warum sammelte sich nicht eine heilige Schweizerschaar gegen die fremden Unterjocher? Warum hat die Schweiz nicht solcher Männer mehr, wie Sie!"

„Wie mich?" fragte Florian mit dem Lächeln der Verwunderung; „zehntausend für Einen; doch nicht die Einzelnen konnten einzeln retten; es mußte die Nation aufstehen, wenn Großes geschehen sollte. Aber das Leben der Nation war in örtlichen Parteistreitigkeiten und in Selbstsucht aufgelöset. Der Föderalismus hatte das Nationalleben so ganz vernichtet, daß selbst die vortrefflichsten Männer der Schweiz nichts von der Eidgenossenschaft, sondern nur von ihrem Kanton wußten. Aloys Reding war vor zwei Jahren bei mir, nachdem wir uns auf dem Schlosse Ortenstein, wo er Freunde besuchte, kennen gelernt hatten. Seine schöne Gestalt, der feste Blick seines blauen Auges, die Gutmüthigkeit seines Wesens ließen mich ihn schnell gewinnen. Wir sprachen von den Gefahren, welche der Schweiz droheten, von der Möglichkeit eines französischen Angriffs. Er wollte damals selbst an die Möglichkeit nicht glauben. Ja, rief er; wenn die Verwüster zu uns eindringen — ich weiß nicht, was die andern Kantone thun würden; ich traue den meisten nicht, — aber in unsern Urkantonen finden die Franzosen ihr Grab. Ich würde mir vor Scham die Haare ausraufen, fuhr er fort und legte die Hand an seinen blonden Kopf, wenn ein einziger Schweizer anders dächte, als ich. — Vergessen Sie nicht, sagte ich, Ihr Ländchen und Frankreichs Uebermacht, ist der Kampf der Mücke gegen den Adler. — Reding mochte darüber nicht weiter reden. Mit einer Miene voll Zuversicht und Stolz, als wollte er sich und mich beruhigen, sagte er: Wir sind noch nie bezwungen worden und werden es nie! — So arglos, so kurzsichtig, so unerfahren waren die Besten unserer Schweizer."

„Bei Gott, Sie haben Recht!" schrie der alte Staffard in patriotischem Zorne und schlug die gewaltige Faust auf den Tisch. „Es war schon längst keine Eidgenossenschaft mehr, nirgends ein Begriff von Freiheit und eidgenössischem Hoheitssinn; in den kleinen Kantonen herrscht Eigennutz, Armuth und Unwissenheit, in den Stadtkantonen reichsstädtischer Dünkel und Großthuerei, bei Krämersinn; das Regieren ist ein Gewerbe für die Haushaltung geworden; die Liebe zum Frieden, eine beschönigte Feigheit; die Staatsklugheit, Phrasenmacherei und Geheimnißthuerei. Da mußte Alles in Grund und Boden verdorben werden, oder der liebe Herrgott hätte mit Wundern dazwischen kommen müssen. Ich bin viel im Schweizerlande umhergekommen; überall wackere Leute, aber: Jeder für sich, Gott für uns Alle."

„Doch jetzt," rief Georg, „jetzt, Vater! nun Alles im Abgrunde des Verderbens liegt, muß es ein Aufraffen geben. Wenn nicht die Freiheitsliebe, muß uns die Verzweiflung treiben. Erzherzog Karl zieht gegen Zürich und den Gotthard; die Franzosen fliehen. Auf, auf mit den Schweizern nun, dem Erzherzog die Hand geboten und den letzten Franzosen niedergemacht!"

„Um den Stadtbürgern ihre Landvogteien wiederzugeben?" sagte Florian; „das wollen die unterjocht gewesenen Landleute nicht; um die Unterthanen zu freien Schweizern zu machen? das wollen die alten Rathsherren nicht; um sich, statt durch Franzosen, durch Russen und Oesterreicher kommandiren zu lassen? das wollen die Vernünftigen nicht. Die Zeit ist noch nicht gekommen; umgekehrt, jetzt erst gährt der Most; jetzt erst kämpft der Eigennutz und Stolz der Einzelnen den Kampf auf Tod und Leben, bis jener vernichtet ist und in Gemeinsinn verwandelt worden ist. Die Parteien reiben sich mit ungehemmter Wuth an einander, bis sie sich insgesammt selbst zerrieben haben werden."

„Der Wille des Herrn geschehe!" rief der alte Staffard.

So redeten sie mit einander bis tief in die Nacht. Georg gewann durch diese Gespräche den Frembling so lieb, daß er nicht mehr Frembling war, sondern sein Vertrauter wurde. Nicht minder erschloß sich dem jungen Bündner das Herz des alten Staffard, der ihn beim Erheben an seine Brust drückte. Sie begleiteten ihn zu seinem Zimmer die hölzerne Treppe hinauf und wünschten ihm angenehme Träume.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

Danach haben die Meister den Vertrag und ihr Wort nicht gehalten und so die Arbeiter zum Streik gezwungen. Herr Biehl sagt, jetzt sähen in Gewerbegerichten Leute, die noch nicht trocken hinter den Ohren seien — wo sind diese jungen Leute? Ich weiß nirgends, daß solche in den bestehenden Gewerbegerichten sitzen. Sind denn Herrn Biehl solche noch nicht trockene Jungens bekannt? Es hat ja eine Zeit gegeben, wo Herr Biehl jünger war als jetzt. Ob er damals trocken hinter den Ohren war, weiß ich nicht, damals war er noch liberal. (Heiterkeit.) Wenn es nach unserm Willen gegangen wäre, würde in diesem Jahre kein einziger Ausstand stattstattgefunden haben. Herr Biehl hat aber durch seine heutige Rede geradezu zum Ausstande gereizt. Wir hetzen nicht zum Streik, wie Herr Biehl meint, sondern wenn trotz unseres Abrathens Streiks entstehen, so liegt das daran, das infolge des Eingreifens der Polizei in das Koalitionsrecht der Arbeiter so häufig unerfahrene Leute die Führung bekommen. Die Löhne der Töpfer in Velten vor dem Streik waren nicht so hoch, wie Herr Biehl meint — vertheilen Sie den Lohn eines ganzen Jahres auf die 52 Wochen, so haben die Leute im Allgemeinen — Ausnahmen zugestanden — ein nur eben erträgliches Einkommen. Die Töpfer müssen oft die Arbeit unterbrechen, weil ihnen das Arbeitsmaterial fehlt und sie vom Verhalten der Tischler, Maurer u. s. w. vielfach abhängig sind. Die Handwerksburschen machen oft blau, sagt Herr Biehl, nun, das kommt bei jungen Leuten eben vor, es wird bei Herrn Biehl, als er noch Handwerksbursche war, wohl auch vorgekommen sein. (Heiterkeit.) Herr Biehl schob uns den Streik der Zimmerer in München in die Schuhe — wenn wir an einem Streik unschuldig waren, so ist es dieser. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten die Münchener Zimmerer das erste Angebot der Meister angenommen, statt daß sie das von irgend Jemand in Aussicht gestellte Goldschiff aus dem Norden — wo dieses Norden liegt, weiß ich nicht, vielleicht in Spitzbergen — erwartet hätten. Herr Biehl räth den „Hetzern", zu Haus zu bleiben, statt zu agitiren und auf Kosten der Arbeiter zu leben. Das sollte er doch seinen Innungsfreunden sagen, denn bei uns kommt doch wenigstens etwas dabei heraus, wir sind eine Macht, während Ihnen ihr „Haustren gar nichts nützt. Was nun die eigentliche Sache anlangt, so wird die Gehässigkeit der Innungsmeister es dahin bringen, daß unliebsame Gesellen von keinem Innungsmeister beschäftigt werden, so daß sie das Recht der Wahl zum Innungsgericht verlieren. Wer wählt also, wenn auch indirekt, so doch thatsächlich alle Besitzer zum Schiedsgericht? Nur die Innungsmeister! Die Gerichtsbeisitzer sollen aber von Arbeitgebern und Arbeitern gewählt werden — nehmen Sie den Paragraphen, wie die Kommission ihn vorschlägt, an, so machen Sie die Wahl der Besitzer nur von den Unternehmern abhängig. Dafür bedanken wir uns; dann kann ich Ihnen auch ohne Rücksprache mit meinen Fraktionsgenossen sagen, daß wir gegen das ganze Gesetz stimmen werden und — bei Philippi sehen wir uns wieder! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Miquel (natl.): Der Kommissionsantrag ist dadurch, daß er die Innungsgerichte über die Streitigkeiten der Meister und Gesellen auch auf Streitigkeiten zwischen Meister und Lehrlingen ausdehnt, über die Regierungsvorlage hinausgegangen. Die Rechte und Privilegien der Innungen verträgen sich nicht mit den neuen gewerblichen Schiedsgerichten. Diejenigen kennen die Verhältnisse nicht, welche glauben, die Innungen seien die Vertreter des wahren Wohles des kleinen Handwerkers und Mittelstandes. Wenn zwei konkurrirende Gerichte neben einander bestehen, so ist es ein Nachtheil sowohl für die Arbeiter wie auch für die Arbeitgeber. Das Wahlrecht der Arbeiter wird auf das äußerste gefährdet, weil ein Arbeiter, der heute bei einem Innungsmeister und morgen bei einem Nichtinnungsmeister arbeitet, gar nicht in der Lage ist, sein Stimmrecht ausüben zu können, während der Grundgedanke des Gesetzes doch der ist, daß die gewerblichen Schiedsrichter aus der Vertrauenswahl ihrer Berufsgenossen hervorgehen sollen. Welche Summe von Unzuträglichkeiten und Beschwerden könnte daraus erwachsen. Ich glaube nach meinen Erfahrungen wirklich, daß der Vorredner ganz Recht hat, daß, wenn diese Bestimmungen so in das Gesetz aufgenommen werden, weit mehr Unzufriedenheit als Zufriedenheit in große gewerbliche Klassen hineingeworfen wird. Ich werde daher prinzipiellter für Streichung stimmen, eventuell aber für den Antrag Eberty und in äußerstem Falle für die Regierungsvorlage; aber ich bin überzeugt, daß dieser durch die Regierungsvorlage geschaffene Zustand auf die Dauer auch nicht bleiben wird.

Abg. Dr. Meyer-Berlin (F.): Herr Biehl hat in seiner Rede aus dem Rahmen der Sachlichkeit herausgehend, seine Gegner persönlich angegriffen und dann in der namentlichen Abstimmung für den Debattenschluß gestimmt — das bekommt nur ein richtiger Innungsmeister fertig! (Heiterkeit). Herr Biehl sprach von meinen komischen Seiten — nun, er hat auch seine jovialen Seiten, öfter als er glaubt! Herr Biehl spielte auf meine Ernährungsverhältnisse an und meinte, hätte ich nur die Nahrung zu mir genommen, die den Innungen gegeben werden solle, ich hätte es nicht dahin gebracht, wohin ich es gebracht habe; nun, ich habe möglichst Surrogate zu vermeiden gesucht und gönne dies auch Anderen. Darum wünsche ich auch den Innungen eine kräftige Nahrung, bei schwächlicher Nahrung, die Sie den Innungen geben, bleiben sie schwächlich — die Berliner Bäckerinnung z. B. giebt für Innungszwecke 8024 Mk. aus, dagegen für Gehälter 5330 Mk. und für persönliche Remunerationen 1500 Mk. Die Böttcherinnung gab für Gehälter nur 495 Mark aus, für Innungszwecke aber noch weniger, nämlich gar nichts. Sie sehen also, daß die Innungen kräftigere Nahrung haben müssen, da wollen Sie ihnen Kindermehl geben, ich will ihnen aber bessere Kost gönnen. Die Innungsgerichte waren ganz gut, so lange man nichts Besseres hatte, aber wenn das Bessere in den Gewerbegerichten geschaffen wird, braucht man das Surrogat der Innungsgerichte nicht. — Herr Biehl meint, die Gewerbegerichte hätten den Mangel der technischen Kenntniß der Besitzer in allen Spezialfällen gegen sich — aber diese Kenntniß wird sich das Schiedsgericht leicht durch Vernehmung von Sachverständigen schaffen. Die Regierung hat gegen jede von uns beantragte Verbesserung mit Erbitterung, möchte ich sagen, gekämpft, hier bei dieser wichtigen Aenderung beobachtete sie eine wohlwollende Neutralität. Bei meinem etwas gewaltsamen Mittel, mit dem ich den Schluß der Debatte vorher verhinderte, war ich wesentlich von einer zarten Rücksicht für die Regierung geleitet, ich wollte nicht, daß der Regierung das Wort entzogen werde und ich werde abwarten, ob sie von der ihr nun gegebenen Gelegenheit, zu sprechen, noch Gebrauch machen wird. (Beifall links).

Abg. Biedl (Z.): Die Befürchtung des Herrn Miquel, daß Kollisionen zwischen Innungsschiedsgerichten und Gewerbegerichten vorkommen werden, ist bereits durch die Thatsachen erledigt; denn vielfach bestanden bereits Gewerbesenate neben den Innungsschiedsgerichten und diese waren gleich den jetzigen Gewerbegerichten. — Die Ausführungen des Herrn Auer über die Streiks haben in keiner Weise die bei denselben vorgekommenen sozialdemokratischen Agitationen in Abrede stellen können. Wenn die Innungsschiedsgerichte vielfach nicht mit Streikkommissionen verhandeln wollten, so lag das daran, daß letztere vielfach von Sozialdemokraten geleitet waren, die nicht zum Gewerk gehörten. Wo die Kommissionen aus der Gewerkschaft heraus stammten, wurde stets mit ihnen verhandelt.

Abg. v. Kleist-Retzow (K.): Die Sozialdemokraten wollen nicht, daß das Handwerk gehoben wird, daher erklärt sich auch ihre Stellungnahme. Das Handwerk kann nur durch Zusammenschluß der korporativen Verbände geschützt werden, nur dadurch wird der Mittelstand gefördert werden. Neue Privilegien der Innungen werden nicht verlangt, sondern nur die Erhaltung der bestehenden. In den Innungen sind die Leute in ihren eigenen Sachen doch sachkundiger, als Arbeiter, die als Besitzer über Streitigkeiten in fremden Gewerken urtheilen sollen. Nehmen Sie den Innungen nicht die vorhandenen Rechte, entscheiden Sie sich für den Antrag der Kommission. (Beifall rechts)

Geheimrath Lohmann: Die Behauptung des Abg. Dr. Meyer, daß die Regierungen den Anträgen, welche von links kommen, nicht so wohlwollend gegenüber stehe, wie denen von rechts, ist nicht richtig, wenn sie sich mit unseren Standpunkte decken, sind sie uns ebenso angenehm. In der Kommission hat die Regierung die Anträge im Sinne der Kommissionsfassung bekämpft, weil sie den Boden des bestehenden Rechts nicht verlassen will. Nach der Gewerbeordnung sind die Innungen befugt, über Streitigkeiten zwischen Meistern und Lehrlingen zu entscheiden; über Streitigkeiten zwischen Meistern und Gesellen aber nur dann, wenn an dem Orte keine Gewerbegerichte vorhanden sind. Die Folge wird sein, daß die Kompetenz der Innungen in Streitigkeiten zwischen Meistern und Gesellen zu entscheiden, auf die Gewerbegerichte übergeht. Es wäre zu wünschen, daß es hierbei gelassen wird.

Abg. Miquel (natl.): Die Vorlage stellt den Grundsatz voller Gleichberechtigung der Meister und Gehülfen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf und dürfen daher für die Innungen keine neuen Vorrechte geschaffen werden. Wenn im Handwerkerstande Einsicht und Opferfreudigkeit vorhanden ist, sind solche Vorrechte überhaupt nicht nöthig.

Abg. Dr. Böckel (Antisemit): Die Sozialdemokratie bekämpft die Innungen und in derselben Weise die Bauernvereine und auch die antisemitische Bewegung. Sie arbeitet mit dem Großkapital als Bundesgenossen, sie will eine Vertretung der Arbeiter sein und nimmt bei den Wahlen Gelder von der Börse.

Abg. Bebel (Soz.): Herr Böckel hat wieder eine Reihe von Anklagen gegen uns vorgebracht, die ich als Lügen bezeichnen muß.

Präsident v. Levetzow rügt diesen Ausdruck.

Bebel: Wenn der Herr Präsident mich hätte ausreden lassen, würde er gesehen haben, daß ich diese Anklagen nur insoweit als Lügen bezeichnen wollte, als sie in der Presse verzeichnet sind, während ich von Herrn Böckel glaube, daß er diese Lügen als Wahrheit angenommen hat.

Präsident v. Levetzow: Wenn das Ihre Absicht war, so will ich den Ordnungsruf gern zurücknehmen.

Bebel: Gewiß, ich bin nicht gewillt, ein Mitglied des Hauses in dieser Weise zu beleidigen. Es sind dieselben Anklagen, die seit geraumer Zeit in der Presse gegen unsere Partei erhoben worden sind und zu dem wir vielleicht die unschuldige Veranlassung gegeben haben, als wir in den Quittungen, die wir von Zeit zu Zeit über Beiträge zu unserm Wahlfonds veröffentlichen, sehr namhafte Summen angeführt haben unter der Bezeichnung „Gründergewinn von sozialistischen Bankiers". Ich war mir vollständig klar bewußt, was diese Bemerkungen in den Quittungen für eine Folge haben würde, sie ist eingetreten, wie wir erwartet haben. Die Herren Antisemiten sind auch richtig auf den Leim gegangen und haben in der That angenommen, daß es sich hier um Beiträge von Seiten der Börse und zwar von Börsenjuden handelte. Ich kann erklären, daß, so bedeutend diese Summen Ihnen scheinen mögen — es handelt sich in einem Fall um 25,000 Mk., in einem andern Fall um 20,000 Mk. und ähnliche Summen — sie Pfennig für Pfennig von Arbeitern aufgebracht sind. (Unruhe und Widerspruch rechts). Dafür bürge ich Ihnen mit meinem Ehrenwort. Diese Summen sind sogar von Arbeitern einer einzigen Stadt in Deutschland aufgebracht worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten). Das weiß meine ganze Fraktion, und nur, weil wir einmal sehen wollten, was unsere Bezeichnung dieser Sammlung für eine Wirkung auf gewisse Kreise ausübt, haben wir so gehandelt. (Lachen rechts). Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß die manchmal staunenerweckenden Beiträge, die wir veröffentlicht haben, nirgends von Leuten ausgehen, die direkt oder indirekt mit der Börse zu thun haben, sondern von solchen, die den allerengsten Parteikreisen angehören und mehr oder weniger Sammelbeiträge sind, die eine kleinere oder größere Zahl von Parteigenossen in ihren Kreisen gesammelt haben. Damit glaube ich ein für alle Mal diese ganze vage und alberne Verdächtigung, als stände die Sozialdemokratie mit der Börse in irgend einem Zusammenhange, abgethan zu haben. Es ist doch wohl unzweifelhaft, daß, wenn die Sozialdemokratie an's Ruder kommt, es Niemand schlechter haben kann als die Börse, das versteht sich doch von selbst bei der Stellung, die unsere Partei gerade der kapitalistischen Macht gegenüber einnimmt. Der Vorredner hat weiter hervorgehoben, wir kämpften gegen die Innungsbestrebungen, weil wir nicht wollten, daß das Handwerk wieder seinen goldenen Boden erlangt. Aber, was sie auch immer für das Handwerk thaten, hält den Untergang des kleinen Handwerks nicht um einen Tag auf und darum sind wir entschiedene Gegner Ihrer Bestrebungen, weil Alles, was hier die Innungsfreunde sind, ein Schlag ins Wasser ist. Was hat Ihre Gesetzgebung denn auch praktisch den Innungen selbst genützt? Nichts! Das sehen die Innungen schon selbst ein, darum treten frühere Innungsfreunde zurück, darum lösen sich Innungen auf. Dem können Sie nicht entgegenwirken! Wenn ich höre, daß man den Innungen die Stellung des 15. oder 14. Jahrhunderts geben will, so frage ich: Wie kann man das heut' wollen? Solche Bestrebungen können nur solche Personen haben, die von dem gegenwärtigen Zustande keine Ahnung haben. Wir bekämpfen die Innungen nur deshalb, weil von allen kapitalistischen Institutionen die Innung die arbeiterfeindlichste ist, da der Innungsmeister, einfehend, daß er dem Kapital gegenüber ohnmächtig ist, seinen Einfluß und seine Macht den Arbeitern gegenüber um so mehr ausnutzt. In der Fabrik sind viel mehr Ordnung, viel bessere Lebensbedingungen zu haben, als beim Kleinhandwerksmeister, darum ziehen sich die Arbeiter immer mehr vom Handwerk zurück. Darum finden die Kleinmeister so schwer ordentliche Leute — das wird mir Herr Biehl selbst bestätigen. Also Ihre Innungsbestrebungen schaden uns Nichts und nützen dem Handwerk Nichts. Heute schon rekrutiren wir unsere Partei zum Theil aus den Kleinmeistern, weil die Kleinmeister die Nutzlosigkeit Ihrer Gesetzgebung einsehen. Gegen die Kommissionsvorschläge sind so große Bedenken politischer Natur gemacht, daß Sie eigentlich dagegen stimmen möchten, aber Sie getrauen sich nicht, die Innungsgerichte wieder aufzuheben. Mit Annahme des Paragraphen schaden Sie uns nicht, Sie nützen uns. Die Bestimmung hier in § 72 wird in der That das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter verschlechtern, und weit entfernt, uns zu schaden, werden Sie uns nützen. (Widerspruch rechts). Fahren Sie nur so fort, Sie werden die Sozialdemokratie nur verstärken. Sie fürchten sie schon (lebhafter Widerspruch rechts), ich wiederhole, Sie fürchten sie (erneuerter Widerspruch), das Sozialistengesetz und seine Geschichte beweist es. Sie wollen unsere Feinde sein und sind unsere Freunde. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Dr. Böckel: Sie (zu den Sozialdemokraten) sagen, Sie hätten keine Gemeinschaft mit dem Großkapital. Wie war es denn 1870? Da hat die Kommune vor Rothschild Halt gemacht, Alles andere hat sie niedergetreten. Wenn Sie nun das kleine Handwerk zu Grunde gerichtet haben, was wollen Sie dann an die Stelle setzen? Geben Sie uns doch einmal ein kleines Bild darüber! (Bebel: Ist nicht nöthig!) Wenn die Sozialdemokraten fortwährend gegen die Innungen agitiren, dann müssen wir diesen doch auch die Mittel an die Hand geben, sich zu vertheidigen.

Damit schließt die Erörterung.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen zieht Singer (Soz.) die Anträge seiner Partei zu § 72 zurück. Hierauf tritt das Haus in die Abstimmung über § 12 ein. Der Antrag Porsch wird angenommen.

Die Abstimmung über den Antrag Eberty, wonach auch Frauen aktives Stimmrecht haben sollen, ist auf Antrag Singer eine namentliche. Für den Antrag stimmten 79, gegen denselben 157 Abgeordnete. Dafür Sozialdemokraten, Freisinnige mit Ausnahme von Seelig, Uhlendorff, Thomas, Wisser, und die Antisemiten. Der Antrag ist demnach abgelehnt, ein Antrag Auer (Soz.), daß wahlberechtigt sein soll, wer das 21. Jahr erreicht und ein Jahr im Gerichtsbezirk Wohnung gehabt hat, wird gleichfalls abgelehnt. § 12 wird in der Kommissionsfassung nebst Antrag Porsch angenommen.

Die Anträge Eberty zu § 72 werden mit 122 gegen 114 St. abgelehnt, § 72 darauf unverändert angenommen.

Schluß 5¾ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Bant, 24. Juni. Der pensionirte Kapitän zur See Stenzel, dessen wohl viele unserer Leser sich noch erinnern werden; er war ja Oberwerftdirektor der K. Werft zu Wilhelmshaven und bekannt durch seine auffällige Frömmigkeit auch durch die Maßregelungen die er im Jahre 1884 aus Anlaß der Reichstagswahl verfügt hatte, ist unter die Zeitungsschreiber gegangen und macht in kolonialer Begeisterung. In der „Nat. Ztg." empfiehlt Herr Stenzel ungesäumte Einführung von Schiffen auf den Flüssen und Seen Deutsch-Afrika, denn noch handle es sich bei den großen Seen um Niemandsland und — dem Muthigen gehöre die Welt. Herr Stenzel ist zwar um Einiges vorsichtiger als sein Landkamerad, Herr Liebert, in so fern er nicht ohne weiteres die „Garantie" für den gewinnbringenden Erfolg seiner Fürsprache übernimmt; er geht aber nicht mit geringerem Eifer ins Zeug als der von der afrikanischen Tropenwelt berauschte Major im Generalstabe, denn er spricht dem ostafrikanischen Kolonialbesitz nahezu die Zukunft ab, wenn nicht schon in Kurzem die deutsche Flagge auf den Fluthen des mächtigen Viktoria-Nyanza-Sees wehe. Unsere Schiffsbauwerften meint er, würden es sich ohne Zweifel zur Ehre rechnen, zweckmäßige flachgehende Dampfer herzustellen; die Reichs-Postdampfer würden sie dann, in Theile zerlegt, an Ort und Stelle bringen können und bei promptem Vorgehen könnte noch vor Jahresschluß die deutsche Flagge an Bord leicht bewaffneter Flußdampfer weit im Innern des dunklen Kontinents den Eingeborenen das Schutzverhältniß kund thun und „an Stelle der jetzigen Karawanenstraßen den Handels- und Personenverkehr vermitteln". Auf wessen Gefahr der deutsche Dampferbetrieb auf afrikanischen Flüssen und Seen unterhalten werden soll, wird nicht gesagt; es wird nur, wie gewöhnlich, auf das vorbildliche Beispiel Englands verwiesen, welches letztere sich die Wasser überall nutzbar zu machen suche. — Es ist zu verwundern, daß der fromme Kapitän nicht den Vorschlag macht, in den Küstengebieten gleich Werften anzulegen und sich als Leiter, Oberwerftdirektor zu empfehlen. In seinen Mußestunden könnte er dann in der Bekehrung der Heiden Großes leisten und würde dann reiche Entschädigung finden, für das Mißlingen seiner Bekehrungsversuche bei den hiesigen Werftarbeitern.

Bant, 24. Juni. Wie uns mitgetheilt wird, werden die Dienststunden des hiesigen Postamtes dahin geändert, daß von Morgen, den 25. Juni, die Postschalter für das Publikum geöffnet sind: von Morgens 7 bis Mittags 1 Uhr und Nachmittags von 3 bis 7 Uhr; die Sonntagsdienststunden bleiben unverändert des Morgens von 7 bis 9 Uhr und des Nachmittags von 5 bis 7 Uhr.

Bant, 24. Juni. Morgen Abend findet in der Arche zu Belfort eine öffentliche Versammlung der Zimmerer statt, zu welcher auch die in anderen Gewerken thätigen Arbeiter eingeladen sind. Die Wichtigkeit der Tagesordnung, „Der Ausschluß der Hamburger Bauhandwerker", macht auch diesen den Besuch empfehlenswerth.

Bant, 24. Juni. Eine Rohheit sondergleichen spielte sich gestern in der Werftstraße hier ab und veranlaßte einen großen Menschenauflauf. Der Hund des Kaufmanns H. und der des Gastwirthes Z. hatten sich in die Wolle gekriegt. Als der Kaufmannshund den Kürzeren zu ziehen schien, sprang sein Herr ihm bei und hieb mit einem Hackbeil (wahrscheinlich war es sein Instrument zum Zerkleinern der Zuckerhüte) tapfer auf den siegreichen Gegner seines Hundes ein und brachte ihm schwere Wunden an Kopf und Hals bei. Diese Thierschinderei erregte gerechte Entrüstung bei den müßigen Zuschauern; denn ein Besenstiel hätte auch genügt, die kämpfenden Vierfüßler auseinander zu bringen. Wie wir erfahren, soll der Besitzer des so schauerlich mißhandelten Hundes Strafantrag gestellt haben.

Jever, 24. Juni. Die Macht des Kapitals in seiner ganzen Fülle zeigt sich in folgendem Inserat des „Jeverschen Wochenblattes":

> Da nur Herrn Fetköter die Lieferung seiner Biere auf dem Kriegerfestplatze hieselbst von dem Festkomitee erlaubt ist, so erlaube mir doch zum bevorstehenden Feste und ferner den Herren Gastwirthen meine
>
> **Hemelinger und Doornkaat-Biere**
>
> in bekannter Güte zu empfehlen.
>
> Jever. **G. Dannecker.**

Und dieser Verwegene wagt es dennoch, im Bereiche des Bierkönigs Fetköter fremde Biere anzupreisen. Wir wissen nun nicht, in welchem Verhältniß das Festkomitee zu dem Herrn Fetköter steht, daß er das Biermonopol auf dem Kriegerfestplatz hat. Da aber Herr Fetköter mit so unnachahmlichem Selbstbewußtsein immer erzählt, daß er aus eigener Kraft und Arbeit sich zu seinem Reichthume emporgeschwungen habe, so sind wir doch der Meinung, daß, von Glück und einer guten Heirath abgesehen, so ein Bischen Einfluß und gezwungene Freunde in gewissen Korporationen nicht zu verachten sind, der eigenen Kraft ein Bischen nachzuhelfen. Wir beneiden ihn trotzdem keineswegs um seine Größe.

Vereins-Kalender.

☞ Berichtigung: Die Versammlung des Metallarbeiter-Fachvereins findet nicht, wie irrthümlich in letzter Nummer berichtet, am Donnerstag den 26. Juni, sondern am Donnerstag den 17. Juli statt.

Hochwasser.

Wilhelmshaven-Bant.

Mittwoch, den 25. Juni	Vorm.	5,38	Nachm.	5,43
Donnerstag, den 26. Juni	„	6,24	„	6,32

Landesbibliothek Oldenburg

348 **Ausverkauf!**

Wegen Verlegung des Geschäftes beabsichtige ich, sämmtliche am Lager befindliche **Colonialwaaren, Besen, Bürsten, Steingutwaaren, Tabak & Cigarreen** zu und unter Einkaufspreisen abzugeben.

Emil Meinelt,
Neubremen,
Ecke der Grenz- und Börsenstraße.

Wir empfehlen unsere hochfeinen, nur aus Malz, Hopfen und Wasser hergestellten

hellen und dunklen

Lager-Biere

in Gebinden und Flaschen zu den billigsten Preisen.

Wiederverkäufern können wir als Produzenten besondere Vortheile bieten.

St. Johanni-Brauerei.
Contor: Altestraße 4.

Schweineschmalz,
garantirt rein, pr. Pfund 50 Pfennig;

gute Margarine,
pr. Pfd. 45—70 Pfg.;

Ia. Emdener Vollheringe,
pr. Stck. 5 Pfg., marinirt pr. Stck. 10 Pfg.

Emil Meinelt,
Neubremen,
Ecke der Grenz- und Börsenstraße.

Durch die Expedition des „**Norddeutschen Volksblattes**" ist zu beziehen:

Bommeli, „Geschichte der Erde", elegant gebunden 5,90 Mk.
Dr. W. Zimmermann's „Deutscher Bauernkrieg", Heft 1—7 erschienen, Heft 20 Pf.
„Berliner Arbeiterbibliothek", 1. Band, Heft 1—12, ungeb. 2 Mk.
Von der Mai-Nummer des „Wahren Jakob" sind noch eine kleine Anzahl vorräthig, Nummer 10 Pf.
W. Blos, „Französische Revolution", elegant gebunden 5,50 Mk.
W. Liebknecht's „Fremdwörterbuch", elegant gebunden 3 Mk.
O. Köhler, „Weltschöpfung und Weltuntergang". Zweite, verbesserte Auflage. Heft 1 erschienen. Preis pro Heft 20 Pfg.
Protokoll des Internationalen Arbeiterkongresses zu Paris. Preis 45 Pfg.
Das Unfallversicherungsgesetz. Preis 30 Pfg.
Gesetz betr. Alters- und Invaliditätsversicherung. Preis 50 Pfg.

Bestellungen nehmen sämmtliche Austräger sowie die Expedition entgegen.

Bier!

Empfehle **helles** und **dunkles**

Fass- u. Flaschen-Bier

aus der Dampf-Bierbrauerei von

Th. Fetköter in Jever.

Ferner bringe mein

Cigarren-Geschäft

in empfehlende Erinnerung.

Besonders **sehr schöne Sorten** für Mk. 3,50, Mk. 4,00 und Mk. 5,00.

Import von echten **Cuba- u. Havanna. Cigarren.**

J. Fangmann,
Bismarckstraße 59.

Ehren-Erklärung.

Die gegen das Dienstmädchen Anna Tiarks, Tonndeich Nr. 16, am 19. d. M. ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit zurück, indem dieselbe auf Unwahrheit beruht. — Heppens, Tonndeich Nr. 46.

Ehefrau Jacob.

Mein comfortabel neu eingerichtetes

„Hotel Zur Krone"

in unmittelbarer Nähe der **Eisenbahnhaltestelle** und des **Marktplatzes** halte dem hiesigen wie auswärtigen Publikum angelegentlichst empfohlen.

Hübsche Restauration und Logirzimmer.
Feine Küche.
Echte Biere und ff. Weine.
Geräumige Stallungen. — Billige Preise, prompte reelle Bedienung.

Hochachtungsvoll

Bant. **J. F. Gloystein.**

Oeffentliche Versammlung
der Zimmerer von Wilhelmshaven und Umgegend.
Mittwoch, den 25. Juni,
im Saale des Herrn **Heilemann**, „Zur Arche", zu Belfort.

Tagesordnung:
1. Der Ausschluß der Hamburger Bauhandwerker 2. Diskussion.

Die Arbeiter aller Gewerke werden zu dieser Versammlung ebenfalls freundlichst eingeladen.

Der Einberufer.

„Zum Mühlengarten".
Heute Mittwoch:
Grosses Frei-Concert.
Hierzu ladet freundlichst ein **Wwe. Winter.**

Jever. „Mooshütte". Jever.

Nachdem sämmtliche **Lokalitäten, Garten** und **Kegelbahnen** renovirt, halte dies so sehr beliebte

Sommer-Etablissement

(ca. 5 Minuten vom Bahnhof) einem geehrten auswärtigen Publikum, sowie Vereinen zu **Ausflügen,** Abhaltung von **Kränzchen** u. s. w. unter Zusicherung prompter und coulantester Bedienung bei civilen Preisen bestens empfohlen.

Für größere Gesellschaften, **Essen etc.** wäre es erwünscht, wenn vorherige Anmeldung per Karte erfolgte. Jede nähere Auskunft wird auf Anfrage brieflich gern ertheilt. — Ein gutes **Pianino** steht meinen geehrten Gästen frei zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Heinr. Habel.

Die Buchdruckerei von Paul Hug
Bant-Wilhelmshaven, Adolfstraße Nr. 1
empfiehlt sich zur Anfertigung von Druckarbeiten jeder Art

als:

Rechnungen,	Adreßkarten,	Preis-Courants,
Quittungen,	Visitenkarten,	Statuten,
Formulare,	Einladungskarten,	Programme,
Tabellen,	Mitgliedskarten,	Festzeitungen,
Cirkulare,	Couverts,	Plakate
Etiquettes,	Briefbogen,	u. s. w.

Gute und geschmackvolle Ausführung bei angemessenen Preisen.

Sämmtliche Buchbinder-Arbeiten werden prompt und schnell angefertigt.

Empfehle mein reich assortirtes Lager von reingehaltenen **deutschen, französischen, spanischen** und **portugiesischen**

WEINEN.

Gute Qualitäten in **Rum, Arrac** und **Cognac.** Ich empfehle ferner vorzügliche **Liqueure** und **Branntweine,** besonders empfehle einen reinen ungetauften

Korn-Branntwein,
Richtenberger Doppel-Korn, Doornkaat, 1863er Alter Korn, Steinhäger etc. etc.

G. Heilemann.

In meinem Hause am Markte ist eine

Giebelwohnung

nebst Zubehör per 1. Aug. zu **vermiethen.**

G. Brüning,
Bäckermeister, Bant.

Soeben ist bei uns erschienen und durch alle Buchhandlungen, Colporteure 2c. zu beziehen:

Das Protokoll
des
Internationalen Arbeiterkongresses
zu Paris.

Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889.
Deutsche Uebersetzung.
Mit einem Vorwort von W. Liebknecht.

9 Bogen. Groß Oktav.
Preis 45 Pfg.
Wiederverkäufer erhalten lohnenden Rabatt.

Gefl. Abnahme sehen entgegen und zeichnen hochachtungsvoll

Wörlein & Comp.,
Nürnberg.

Zu beziehen durch die Expedition des „Norddeutschen Volksblattes".

Sohlen

aus **allerbestem Zahm-, Wild- und amerikanischem Sohlleder** halte zu billigst gestellten Preisen bestens empfohlen.

C. Ocker,
Lederhandlung, Neuheppens,
Altestraße 17,
auch zu haben in meinen Verkaufsstellen bei Herrn Kaufmann
A. Berndt, Elsass,
und Herrn Kaufmann
Louis von Rahden, Bant.

Neue Sendung in
Herren-Anzügen
von 15 bis 50 Mk.,
Burschen-Anzügen
von 5 bis 25 Mk.,
Knaben-Anzügen
von 1,50 bis 12 Mk.,
sowie einzelne **Jackets, Hosen** und **Westen** billigst bei

H. F. Peper,
Bismarckstraße 6.

Empfehle mein
vorzügliches helles und dunkles
Lager-Bier
— sowie —
Doppel- und einfaches Braun-Bier
in Gebinden und Flaschen.
Gebinde von 10—100 Liter Inhalt à Ltr. 20 Pf. frei in's Haus.
In Flaschen: Helles Lagerbier 36 Fl. 3 M.
" " dunkles " 30 " 3 "
" " Doppel-Braunbier 36 " 3 "
Braunbier in Gebinden à Ltr. 10 Pf.
Doppel-Braunbier à Ltr. 15 Pf.

Dampfbrauerei zum weißen Roß.
A. Wessel, Bant.

Wegen vorgerückter Saison
verkaufe sämmtliche

Sonnenschirme,
sowie
Strohhüte
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Ferner empfehle als außerordentlich billig:
Baumw. Strümpfe für Kinder, **Damenstrümpfe,** gestrickt, von 30 Pfg. an per Paar, **Socken** von 20 Pfg. an, **Handschuhe** in Seide, Halbseide, Paar von 60 Pfg. an, Zwirn, Paar von 25 Pfg. an.

Gutsitzende
Corsetts
in jeder Preislage, von 60 Pfg. an.

Gummiwäsche
zu nachstehenden Preisen: Vorhemde 50 Pfg., Umlegekragen 40 Pfg., Stehkragen 35 Pfg., Manschetten 60 Pfg.

Mey & Edlich's
Stoffwäsche.

Herren-Shlipse u. Cravatten
in reizenden Neuheiten.
Baumwoll. u. wollene Strickgarne, Schürzen, Schmucksachen, sämmtl. **Nähutensilien** in nur guten Qualitäten zu den billigsten Preisen.

H. Hitzegrad,
Bant, Werftstraße, **Wilhelmshaven,** Roonstraße,
Oldenburg, Achternstraße.

Ich habe zum 1. August noch schöne

Etagen-Wohnungen

zu **vermiethen.** Preis 180 Mk.

Bant, am Marktplatz.

Carl F. Lübben.

Verantwortlich für die Redaktion: C. Duden; Druck und Verlag: Paul Hug in Bant.

Landesbibliothek Oldenburg